

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 96. Ratssitzung vom 27. Mai 2020

2501. 2017/245

Weisung vom 20.05.2020:

Motion von Andreas Kirstein betreffend Erhöhung der Beteiligung der Stadt Zürich an der ZAV Recycling AG, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2017/245.

Andreas Kirstein (AL) beantragt namens der AL-Fraktion die Ablehnung der sofortigen materiellen Behandlung und Überweisung an die RPK: Ich möchte ihnen beliebt machen, diese Weisung nicht sofort zu behandeln, sondern sie zur sorgfältigen Behandlung der RPK zuzuweisen. Der Stadtrat argumentiert mit dem mangelnden ökologischen Ausweis des Trockenschlackeverfahrens und leitet daraus ab, man müsse mit einer allfälligen Kapitalerhöhung noch etwas zuwarten. Meiner Meinung nach ist die ökologische Überlegenheit des Trockenschlackeverfahrens gegenüber dem Nassschlackeverfahrens längst erwiesen. Das Problem liegt vielmehr in den technischen und ökonomischen Gegebenheiten. Die Investitionen in dieses neue Verfahren in Hinwil sind viel teurer geworden als vermutet und gleichzeitig ist der Preis des daraus gewonnenen Altmetalls geradezu zusammengebrochen. Das führt zu einem viel höheren Einlieferpreis als budgetiert und damals in der Abstimmungszeitung versprochen. Um in Hinwil anliefern zu können, muss im Hagenholz erst einmal getrocknet werden. Dies macht man nun und das hat 40 Millionen Franken gekostet – dazu komme ich noch. Nun will man prüfen, ob dies überhaupt sinnvoll war. Man hat bei all den Irrungen und Wirrungen rund um Urs Pauli zugewartet, wie es sich entwickelt – andere haben eben nicht zugewartet. Zuchwil hat sich zum Beispiel eine neue Kehrrechtverbrennungsanlage geleistet – ein architektonisches Prunkstück, das sie sich unbedingt einmal anschauen sollten. Allerdings hat der Preisüberwacher auch schon die Tatsache kritisiert, dass es ein architektonisches Prunkstück ist. Zuchwil ist als weiterer Aktionär gross eingestiegen. Zürich, das unter Urs Pauli eine ökologische Vorzeigefunktion innehatte – es war nicht alles schlecht gelaufen, was er getan hat – läuft Gefahr, hier ins Hintertreffen zu geraten. Damit man schnell und vorzeitig reagieren kann, beantrage ich die Überweisung. Man sollte sich die Fristerstreckung nochmals anschauen. Man kann sich fragen, warum dies der RPK zugewiesen werden soll und nicht der SK TED/DIB – wo es inhaltlich und vom ökologischen Gehalt eigentlich hingehören würde. Der Grund ist: die ökologische Begründung halte ich für vorgeschoben. Es geht um ökonomische Überlegungen. Ich verstehe, dass man ausweisen muss, dass es sich rentiert, bevor man nochmals Kapital nachschiesst, aber dann soll die RPK dies überprüfen. Abgesehen davon – und das habe ich vor Jahren bereits gesagt – das Lamentable an diesem Geschäft ist, dass alles unter Geheimhaltung diskutiert wurde. Damit kennt sich RPK am besten aus und kann das entsprechend diskutieren. Ausserdem besteht die Gefahr, dass das Geschäft total abgeschrieben wird. Wenn man der Argumentation von STR Richard Wolff folgt, dann muss man mit einem Totalabschreiber

von 40 Millionen Franken und einem Rückbau des Trockenschlackeaustrags im Hagenholz rechnen. Da ist es sicher gut, wenn sich die RPK, die bei Abschreibern besonders sensitiv ist, frühzeitig damit beschäftigt. Man kann sich natürlich fragen, was man mit einer solchen Argumentation in Zukunft überhaupt noch den SK zuweisen soll – ich gebe zu, dies ist eine philosophische Frage, die ich mir immer öfters stelle.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Natürlich geht es auch um den Preis. Natürlich wollen wir wissen, ob wir auch das richtige System wählen, bevor wir zusätzlich Geld in eine Kapitalerhöhung investieren. Wir haben sehr viele Indizien, dass es sich um das richtige System handelt. Es ist ein Pionierprojekt, das einmalig und erstmalig auf der Welt ist. Da ist es klar, dass man das eine oder andere genauer anschauen, nochmals testen, nochmals prüfen muss, bevor man sich darauf einlässt, definitiv noch mehr Geld zu investieren. Wir haben Wirtschaftlichkeitsprüfungen und technische Prüfungen; bei der Ökologie sind wir noch nicht ganz sicher – da braucht es noch eine zusätzliche Untersuchung. Da sind wir dran und brauchen dafür eine Fristverlängerung – nur dafür. Die ökologische Untersuchung muss belegen, dass es sich dabei um ein System handelt, das es wert ist, dass wir jedes Jahr – leider – mehr pro Tonne bezahlen müssen. Das hat damit zu tun, dass die Rohstoffpreise gesunken sind und die Kosten der Anlage höher ausfielen, weil es ein Pionierprojekt ist. Wir wollen aber nicht x-beliebig lange mitmachen, wenn wir uns nicht sicher sind, dass es das richtige Verfahren ist. Sollte es sich zeigen, dass die Vorteile des Trockenschlackeverfahrens nur minim besser sind, als ein Nassschlackeverfahren, dann ist es nicht wert, noch länger mitzumachen und noch mehr Geld zu investieren mit unabsehbaren Folgen in Sachen Preissteigerung pro Tonne, die wir in den nächsten Jahren dort einliefern. Ich bin nicht a priori dagegen, dort weiterzumachen, aber ich will nicht auf Grundlage meines heutigen Wissens zusagen, noch mehr Geld hineinzupumpen. Geben sie uns die Zeit von einem Jahr – dann können wir ihnen den definitiven Entscheid geben. Dafür brauchen wir keine RPK oder zusätzliche Sitzungen in irgendwelchen Kommissionen. Es handelt sich um eine relativ einfache Prüfung, bei der ich hoffe, dass sich das Trockenschlackeverfahren als das richtige erweist und wir durchaus noch etwas Geld im Sinne der Ökologie investieren können. Es könnte aber sein, dass der ökologische Nutzen nur klein oder gar nicht vorhanden ist – und das ist eben nicht klar, Andreas Kirstein (AL), da gibt es die unterschiedlichsten Untersuchungen und bei einer Pionieranlage sind diese auch nicht so einfach zu vergleichen. Daher bitte ich sie, uns die Fristerstreckung heute zu gewähren.

Weitere Wortmeldung:

Michael Schmid (FDP): Ich habe ein Problem, das ich mit 113 Mitgliedern dieses Rats teile. Ich bin nicht in der RPK und mir fehlt schlicht die Fantasie, mir vorstellen zu können, was die RPK mit dieser Vorlage genau machen soll. Aber vielleicht kann jemand der elf Kolleginnen und Kollegen etwas Aufklärung betreiben, was genau die Idee wäre, was man in der RPK diskutieren könnte. Ich öffne eine Klammer: Ich bin Mitglied der GPK und habe die etwas lustige Geschichte, wie es zu dieser Fristerstreckung kam,

3 / 3

hautnah miterlebt. Ich will die Vorgeschichte gar nicht im Detail ausbreiten, die Betroffenen – und da gehört der Fraktionspräsident der AL und der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements durchaus dazu – haben mitbekommen, dass die Abläufe sub-optimal waren. Nun ist die Fristerstreckung aber da. Sie wird bis zum 4. April 2021 beantragt. Ich will nachschieben, dass nirgends festgehalten ist, dass sie ausgeschöpft werden muss: Ich glaube, Andreas Kirstein (AL) und ich sind uns einig, dass es pressiert. Der Vorsteher nickt verdankenswerter Weise und wir können damit rechnen, dass die Karten bald auf dem Tisch liegen, wie es weitergehen soll. Ich stelle den Gegenantrag: Keine Zuweisung an die RPK, sofortige materielle Behandlung und die Gewährung der Fristerstreckung.

Der Rat lehnt die sofortige materielle Behandlung mit offensichtlichem Mehr ab.

Damit ist die Weisung der RPK überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat